



IG Metall

Statement der IG Metall zum Gesetzentwurf gegen den Missbrauch von Leiharbeit

Ein Kniefall vor den Profiteuren der Leiharbeit

03.09.2010 | Als Kniefall vor der Leiharbeitslobby hat Detlef Wetzel, Zweiter Vorsitzender der IG Metall den Gesetzentwurf von Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) zur Verhinderung des Missbrauchs bei Leiharbeit kritisiert. "Die Bundesarbeitsministerin bedient damit ungeniert die Profiteure der Leiharbeit", so Wetzel. Die Kernprobleme blieben hingegen unangetastet.

Als Kniefall vor der Leiharbeitslobby hat Detlef Wetzel, Zweiter Vorsitzender der IG Metall den Gesetzentwurf des Bundesarbeitsministerium zur Verhinderung des Missbrauchs bei Leiharbeit kritisiert. "Die Bundesarbeitsministerin bedient damit ungeniert die Profiteure der Leiharbeit. Und der Weg wird bereitet, mindestens eine Million Stammarbeitsplätze in Leiharbeit umzuwandeln", sagte Wetzel. Weder werde das Kernproblem, die ungleiche Bezahlung von Leiharbeitnehmern und Stammkräften angepackt, noch dem "Heuern und Feuern" ein Riegel vorgeschoben.

Der Ausdehnung des Niedriglohnsektors werde weiter Vorschub geleistet, weil weder eine Höchstüberlassungsdauer noch ein Verbot der Synchronisation von Arbeitsverhältnis und Ausleihe des Arbeitnehmers vorgesehen sei, sagte Wetzel. Stammarbeit werde weiter durch Leiharbeit ersetzt. Die Unternehmen, die sich mit 25 - 30 Prozent Leiharbeit ein zweites Tarifniveau schaffen wollen, könnten munter weitermachen.

"Das werden wir nicht akzeptieren", so Wetzel. "Wenn die Arbeitsministerin glaubt, uns mit der Beruhigungszäpfchen, nach dem wenigstens ein weiterer Schlecker-Fall ausgeschlossen sein soll, zufriedenzustellen, irrt sie sich. Leiharbeit, wie sie heute in Deutschland stattfindet, ist insgesamt ein Missbrauch und in Europa in dieser Form einmalig. Die IG Metall wird in den nächsten Wochen die Leiharbeit in den Betrieben skandalisieren."

Wetzel wies außerdem darauf hin, dass der Entwurf keine Regelung für einen Branchen-Mindestlohn beinhalte. Im Zuge der ab Mai 2011 geltenden vollen Freizügigkeit würden dann Stundenlöhne von 4,50 Euro und niedriger drohen.

http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/SID-0A456501-F10E66C2/internet/style.xsl/view_5412.htm